



**SPD Landesverband Berlin  
Kreis Pankow**

**Wahlperiode 2022 bis 2024**

**1. Kreisdelegiertenversammlung (KDV)**

**6. Mai 2022**

**Beschlussbuch**

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 06.05.2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 002/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz**

**20.03.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Mehrwertsteuerbetrug mit Echtzeitkontrollen beenden**

---

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Bundestag sowie in der Bundesregierung
- 2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, den Mehrwertsteuerbetrug durch Nutzung
- 3 vorhandener technischer Innovationen zu beenden.
- 4 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat von Berlin werden parallel dazu
- 5 aufgefordert, eine entsprechende Bundesratsinitiative auf den Weg zu bringen.

**Begründung:**

Das Wechselspiel aus Umsatzsteuer und Vorsteuer birgt aus Sicht des Fiskus zwei Ansatzpunkte für betrügerische Steuerausfälle: zum einen durch nicht abgeführte Umsatzsteuerbeträge, zum anderen durch zu Unrecht vergütete Vorsteuerbeträge. Wirtschaftsinstitute beziffern für die Europäische Union einen Umsatzsteuerbetrug auf 30 bis 60 Milliarden Euro im Jahr.

Durch ein IT-System kann in Deutschland ähnlich wie in Italien der Mehrwertsteuerbetrug bekämpft und damit erfolgreich umgesetzt werden. Hierzu bedarf es einer Pflicht, Rechnungen elektronisch zu erstellen. Diese werden in einem vorgegeben Datenformat über ein zentrales Register an den Rechnungsempfänger übermittelt. In Italien hat sich die Umstellung auf ein elektronisches zentrales System (Clearance-System) im Jahr 2019 gelohnt. Italien hat dadurch im ersten Jahr der Einführung 3,6 Milliarden Euro Mehreinnahmen generiert und auch an Ertragssteuern sind ca. 600 Millionen Euro mehr eingenommen worden, weil die italienischen Finanzämter nun genauere Daten haben. Mit so einer technischen Lösung würden wir zu mehr Steuergerechtigkeit beitragen, da die Ehrlichen ihre Steuern zahlen und die Betrüger momentan nicht. Diese Lücken sollten durch technische Innovationen geschlossen werden.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 06.05.2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 003/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz**

**20.03.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

---

**Schrottfahrräder regelmäßig beseitigen**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder im Senat und im Abgeordnetenhaus von Berlin
- 2 werden aufgefordert, sich dafür einzusetzen, dass einheitlich ein landeseigenes
- 3 Unternehmen, wie z.B. die BSR, beauftragt wird, die Schrottfahrräder unabhängig vom
- 4 Ort der Lagerung im Auftrag der zuständigen Ämter zu beseitigen. Die erforderlichen
- 5 Finanzmittel sind aus den Mitteln des „Aktionsprogramms Sauberes Berlin“
- 6 bereitzustellen.

**Begründung:**

Derzeit werden Schrottfahrräder, welche bereits auch gekennzeichnet sind, nicht beseitigt. Die Schrottfahrräder stehen daher auf den Gehwegen und sind vorwiegend an Anlehnbügel angeschlossen. Diese alten Fahrräder sind beispielweise im Winsviertel des Bezirks Pankow in einigen Straßen seit mehreren Jahren nicht beseitigt worden. Das betrifft vermutlich nicht nur den Bezirk Pankow. Am Alexanderplatz beispielsweise ist dieses Problem auch täglich zu beobachten. Im Bezirk Pankow ist nach Rückfrage des Antragstellers die Polizei und ein gemeinnütziger Träger gemeinsam dafür zuständig, die Entsorgung aus dem öffentlichen Straßenland vorzunehmen. Die Schrottfahrräder verengen momentan den Gehweg und blockieren zudem die Anlehnbügel für Fahrräder, welche dadurch unsicherer verschlossen werden müssen. Die regelmäßige Beseitigung durch z.B. die BSR, kann daher für eine nachhaltige Lösung sorgen und die Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt können sich freuen, endlich auf den Gehwegen besser gehen und ihre Fahrräder anschließen zu können.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung  
**01. KDV am 06.05. 2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 004/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/15 Kollwitzplatz**

**20.03.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Steuerprivileg für vermietete Immobilien im Privatbesitz beseitigen**

- 1 Die SPD setzt sich dafür ein, das Steuerprivileg für vermietete Immobilien im
- 2 Privatbesitz zu beseitigen.

**Begründung:**

Spekulationsgewinne aus Immobilien im Privatvermögen werden in Deutschland nur dann besteuert, wenn die Immobilien nach weniger als zehn Jahren (Haltefrist) veräußert werden. Dieses Privileg ist besonders relevant bei vermieteten Immobilien, die sehr oft von der besonders reichen Bevölkerung gehalten werden.

In Berlin sind in den letzten 10 Jahren bis zur Änderung des BauGB im Jahr 2021 viele Mietshäuser in Eigentumswohnungen umgewandelt worden. Dort haben die Mieter:innen i.d.R. für 10 Jahre einen guten Kündigungsschutz, danach kommt es auf die individuelle Vertragssituation an. Durch die Aufteilung und den auslaufenden Kündigungsschutz können die Häuser im Ganzen oder die Wohnungen im Einzelnen mit einem hohen Gewinn nach 10 Jahren verkauft werden, ohne dass darauf Steuern zu zahlen sind. Dem Staat entgehen so nicht nur hohe Einnahmen, er muss auch massiv in die Schaffung von Ersatzwohnraum investieren.

Dieser Fehlanreiz ist dringend zu beseitigen.

Die Menschen, die nicht so vermögend sind, eine oder sogar mehrere Immobilien zu kaufen und stattdessen z.B. Wertpapiere halten, müssen immer auf den Gewinn Steuern zahlen, auch nach zehn Jahren. Das ist auch gerecht. Das Steuerprivileg für vermietete Immobilien im Privatbesitz muss beseitigt werden.

Es ist Zeit für mehr Steuergerechtigkeit.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 06.05. 2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 009/01**

---

Antrag Nr.

**Jusos Pankow**

**17.04.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- x **Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- x **Der Landesparteitag möge beschließen:**
- x **(Der Juso-BuKo möge beschließen)**

---

**Don't play with human rights - Kein Eigentor für Menschenrechte:  
Demokratisierung von Internationalen Sportverbänden**

---

1 Trotz internationalen Boykottaufrufen von Regierungen und massivem Druck von NGOs, werden  
2 noch immer Sportgroßveranstaltungen in Ländern und Regionen ausgetragen, in denen  
3 Menschenrechte in erheblichem Ausmaß missachtet werden. Die Fußball-WM in Katar oder  
4 Russland und die Olympischen Winterspiele in China sind nur ein paar wenige Beispiele hierfür.  
5 Auch die geplante Bewerbung von Russland für die Fußball-EM 2028 oder 2032 wirkt im  
6 Angesicht des aktuellen Kriegs, den Russland in der Ukraine führt, mehr als zynisch.

7  
8 Die Vergangenheit hat gezeigt, dass ohne öffentlichen Druck internationale Sportverbände nicht  
9 zum Einlenken gebracht werden können, sondern die Veranstaltungen skrupellos und  
10 eigennützig durchführen wollen. Entscheidungsfindungen sind in den Verbänden bisher  
11 größtenteils undemokratisch, intransparent und finden unter Ausschluss von Gremien der  
12 Gleichstellung, Antidiskriminierung oder zur Wahrung von Menschenrechten statt.

13  
14 Wir fordern:

- 15
- 16 • Das Vergabeverfahren von Sportgroßveranstaltungen muss transparent gestaltet  
17 werden. Vor, bei und nach der Vergabe sowie während der Vorbereitungen und der  
18 Durchführung der Veranstaltung im Gastgeberland sind die internationalen  
19 Menschenrechte einzuhalten. Das muss regelmäßig überprüft und überwacht werden.
- 20 • Die internationalen Sportverbände müssen alternative Austragungsorte wählen, die  
21 bereits über eine Sportinfrastruktur verfügen. Präferiert werden sollten dabei Spiele in  
22 Austragungsorten in mehreren Ländern. Verschlechtert sich die Menschenrechtslage im  
23 ursprünglichen Gastgeberland, kommen sie zum Zug.  
24 Für die Beurteilung der Lage sollen der Universal Human Rights Index der Vereinten  
25 Nationen oder andere Einschätzungen von internationalen Gremien verwendet werden.
- 26 • Private internationale Sportverbände, wie die FIFA und UEFA, müssen demokratisiert  
27 werden. Entscheidungsprozesse müssen demokratisch und unter Einbindung  
28 verschiedenster Gremien zur Gleichstellung, Antidiskriminierung, Wahrung von  
29 Menschenrechten und den Rechten von queeren Menschen gestaltet werden.

- 30 • Die SPD-Bundestagsfraktion, die Bundes-SPD sowie der Bundesverband der Jusos  
31 sollen sich klar gegen die Verletzung von Menschenrechten bei  
32 Sportgroßveranstaltungen positionieren und zum Boykott aufrufen. Es muss mit anderen  
33 demokratischen Regierungen kooperiert werden und gemeinsam ein klarer Standpunkt  
34 eingenommen werden.
- 35 • Innerhalb der SPD muss es im Hinblick auf die kommenden Sportveranstaltungen eine  
36 politische Debatte über das Thema Sport und Menschenrechtsverletzungen, Werte im  
37 Sport und Schutz von Minderheiten geben, in der Maßnahmen und ein Positionspapier  
38 diskutiert und erarbeitet werden.

### **Begründung:**

Bereits die Olympischen Spiele 1936 konnten im faschistischen Deutschland mit Unterstützung des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) stattfinden. Denn obwohl jüdische Mitmenschen bereits deportiert wurden und die Nürnberger Gesetze massiven Einfluss auf das jüdische Leben in Deutschland hatten, gewährte das IOC die Spiele, wenn Hitler „Alibi-Juden“ aufstellt. So nahm beispielsweise Helene Mayer teil und der angedrohte, eigentlich notwendige, Boykott der Spiele durch die USA wurde umgangen.

Auch aktuell zeigen sich die großen Sportverbände im Hinblick auf die Einhaltung von Menschenrechten und der Arbeit mit Autokraten und Diktatoren sehr fragwürdig. Profite und „schöne Spiele“ sind dem IOC, der FIFA und der UEFA wichtiger als demokratische Werte.

Während der Vorbereitung zur Fußball-WM in Katar starben bisher laut ca. Amnesty International 15.000 Arbeiter\*innen auf den Stadionbaustellen. Viele Todesumstände wurden nie aufgeklärt, gerade wenn die Arbeiter\*innen aus anderen Ländern stammten und für niedrige oder keine Löhne und rechtliche Unterstützung arbeiteten.

Neben diesen katastrophalen Arbeitsbedingungen gibt es in Katar grundsätzlich antidemokratische Strukturen. Die Pressefreiheit ist massiv eingeschränkt und das Rechtssystem beruht in großen Teilen auf der Scharia.

In einem Land, das kaum Bezug zum Fußball hat, sind Menschen für den Profit der FIFA in Gefahr.

Auch das IOC handelt fragwürdig. Die Vergabe der Olympischen Winterspiele 2022 an China ist zu diskutieren.

Der unterdrückende Umgang mit den Uiguren, die Umerziehungslager in Xinjiang sowie Massenüberwachung und Zwangsarbeit sind bekannt.

Auch außerhalb der eigenen Grenzen geht China gegen Freiheiten vor: in Hongkong wird die Demokratiebewegung unterdrückt und Aktivist\*innen inhaftiert; auf Taiwan wird wirtschaftlicher und militärischer Druck ausgeübt.

Der Ausschluss der russischen und belarussischen Delegation von den Paralympics fand erst unter massiven Protesten durch Sportler\*innen und die Öffentlichkeit statt – und das, obwohl Putin die Ukraine erst wenige Tage zuvor von russischem und belarussischem Boden aus angriff und unter den Toten mittlerweile auch ukrainische Athlet\*innen sein sollen.

In Ländern wie Brasilien oder Südafrika, die geprägt sind von einer großen sozialen Ungleichheit, wurde die WM staatlich subventioniert. Statt des erwarteten wirtschaftlichen Aufschwungs, stehen heute viele Stadien wegen der hohen Kosten leer – soziale Projekte und

Bildung wurden nicht finanziert. Zudem litten in Brasilien besonders Indigene durch Landraub und die Abholzung ihrer Heimat. In Südafrika vervielfachte sich der Menschenhandel und die gezwungene Sexarbeit stieg massiv an, während die WM dort stattfand.

Durch Sportveranstaltungen können autokratische Staaten ein positives Bild in die Welt transportieren. Menschenrechtsverletzungen haben keine Auswirkungen auf die Vergabe an diese Länder. Der generierte Profit dieser Veranstaltungen unterstützt diese autokratischen Systeme und stärkt die Unterdrückung von Menschen.

Da über die Ausrichtung der Veranstaltungen viele Jahre im Voraus entschieden wird, müssen auch mögliche Änderungen in der Menschenrechtslage bedacht werden – ist die Lage zum Vergabezeitpunkt noch akzeptabel, kann sie sich bis zur Austragung dramatisch verschlechtern. Hierbei besteht dann die Gefahr, dass über die Verschlechterung hinweggesehen wird, um den reibungslosen Ablauf bereits geplanter Sportveranstaltungen nicht zu gefährden. Daher soll bereits bei der Ausschreibung ein alternativer Austragungsort benannt werden, der über die benötigte Infrastruktur verfügt. So kann nach der Vergabe Druck ausgeübt werden, damit die Standards der Menschenrechte eingehalten werden.

Wir wollen nämlich keine Profite auf dem Rücken von Menschenleben generieren und Autokraten stärken.

Wir wollen eine Demokratisierung und mehr Transparenz in den Weltsportverbänden.

Wir wollen dadurch die Rechte vulnerabler Gruppen stärken und Menschenrechte schützen!

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 06.05. 2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 010/01**

---

Antrag Nr.

**Abteilung 03/11 Mauerpark**

**19.04.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

**Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**

**Der Landesparteitag möge beschließen:**

**Der Bundesparteitag möge beschließen:**

---

**Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention in Berlin verstärken.  
Finanzierung sicherstellen.**

---

- 1 Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats  
2 von Berlin setzen sich dafür ein, Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention im Bereich der  
3 schulischen Bildung und im Bereich der außerschulischen Bildung berlinweit zu verstärken.  
4  
5 Es soll ein Schwerpunkt im Landeshaushalt gesetzt werden, um die wichtige Arbeit von auf  
6 Suchtprävention spezialisierten Fachkräften, Trägern und Projekten besonders in den Schulen  
7 und in der bezirklichen Jugendarbeit personell und materiell sicherzustellen und auszuweiten.  
8  
9 Der Austausch der für Jugend und Bildung, für Gesundheit und für Wissenschaft zuständigen  
10 Senatsverwaltungen mit den Fachkräften in den Schulen, bei den freien Trägern und mit den  
11 Bezirksverwaltungen zu den Formen und den Inhalten von Suchtprävention ist zu überprüfen  
12 und weiterzuentwickeln.

**Begründung:**

Sucht hat viele Gesichter. Schädliche Substanzen und Medienkonsum gefährden Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung. Deswegen muss im Rahmen der Gesundheitsförderung die Suchtprävention in allen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen eine größere Rolle bekommen, in Schule und außerhalb von Schule. Neben Wissensvermittlung in den stehen dabei vor allem Persönlichkeitsbildung und Erziehung zu einer lebensbejahenden, selbstbewussten, selbstständigen und belastbaren Lebensführung im Fokus. Suchtprävention hat das vorrangige Ziel, die Lebenskompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken, um schädlichen Verhaltensweisen und negativen Auswirkungen von Suchtmittelkonsum vorzubeugen. Sachkundige Aufklärung zu schädlichen Substanzen und Mediennutzung sind essentiell, um Kindern und Jugendlichen die eigenverantwortliche Entscheidung über Ihr Konsumverhalten zu erleichtern und sie zu einem verantwortungsvollen Umgang mit diesen zu befähigen.

Fach- und Sachkunde bei den Trägern der schulischen und außerschulischen Bildung sind entscheidend für eine erfolgreiche Präventionsarbeit und als Qualitätsmerkmal bei allen Angeboten und Projekten auf Landes- und auf Bezirksebene zu fordern.



Hier in der Vorsorge verstärkt eingesetzte Mittel refinanzieren sich auch als soziales Kapital für die Gesellschaft, insbesondere auch für das Gesundheitswesen.

Die Bezirkshaushalte sind Teil des Landeshaushalts von Berlin. Eine Verstärkung hier soll auch die Bezirke in ihren Zuständigkeiten in die Lage versetzen, Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention auszubauen, insbesondere in der Jugendarbeit.

**Kreisdelegiertenversammlung Pankow**  
**Antrag an die Kreisdelegiertenversammlung**  
**01. KDV am 06.05. 2022**

**WP 2022 bis 2024**

**ANT 011/01**

Antrag Nr.

**Abteilung 03/11 Mauerpark**

**19.04.2022**

Antragstellung:

Eingangsdatum

x (bitte ankreuzen)

- Die Kreisdelegiertenversammlung hat beschlossen:**
- Der Landesparteitag möge beschließen:**
- Der Bundesparteitag möge beschließen:**

**Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention in Pankow  
verstärken. Finanzierung sicherstellen.**

- 1 Die SPD-Fraktion in der Bezirksverordnetenversammlung Pankow setzt sich dafür ein, in
- 2 Pankow die Suchtprävention im schulischen und im außerschulischen Bereich verstärkt zu
- 3 thematisieren, die im Bezirk vorhandenen Angebote und Projekte zu überprüfen und zu
- 4 verstärken.
- 5 Dafür werden die Mittel für Suchtprävention für Kinder und Jugendliche im Pankower
- 6 Bezirkshaushalt verstärkt, um die wichtige Arbeit von auf Suchtprävention spezialisierten
- 7 Fachkräften, Trägern und Projekten in den Schulen und in den bezirklichen Einrichtungen und
- 8 Projekten der Kinder- und Jugendhilfe personell und materiell sicherzustellen und auszuweiten.

**Begründung:**

Sucht hat viele Gesichter. Schädliche Substanzen und Medienkonsum gefährden Kinder und Jugendliche in ihrer persönlichen Entwicklung. Deswegen muss im Rahmen der Gesundheitsförderung die Suchtprävention in allen Lebensbereichen von Kindern und Jugendlichen eine größere Rolle bekommen, in Schule und außerhalb von Schule. Neben Wissensvermittlung in den stehen dabei vor allem Persönlichkeitsbildung und Erziehung zu einer lebensbejahenden, selbstbewussten, selbstständigen und belastbaren Lebensführung im Fokus. Suchtprävention hat das vorrangige Ziel, die Lebenskompetenzen von Kindern und Jugendlichen zu stärken, um schädlichen Verhaltensweisen und negativen Auswirkungen von Suchtmittelkonsum vorzubeugen. Sachkundige Aufklärung zu schädlichen Substanzen und Mediennutzung sind essentiell, um Kindern und Jugendlichen die eigenverantwortliche Entscheidung über Ihr Konsumverhalten zu erleichtern und sie zu einem verantwortungsvollen Umgang mit diesen zu befähigen.

Fach- und Sachkunde bei den Trägern der schulischen und außerschulischen Bildung sind entscheidend für eine erfolgreiche Präventionsarbeit und als Qualitätsmerkmal bei allen Angeboten und Projekten auf Landes- und auf Bezirksebene zu fordern.

Hier in der Vorsorge verstärkt eingesetzte Mittel refinanzieren sich auch als soziales Kapital für die Gesellschaft, insbesondere auch für das Gesundheitswesen.

Die Bezirkshaushalte sind Teil des Landeshaushalts von Berlin. Eine Verstärkung hier soll auch die Bezirke in ihren Zuständigkeiten in die Lage versetzen, Maßnahmen und Angebote der Suchtprävention auszubauen, insbesondere in der Jugendarbeit.